



## **Pressemitteilung des Zentralrates der afrikanischen Gemeinde in Deutschland**

### **Über die Ermordung von Oury Jalloh**

(Berlin, 07.12.2017). Nachdem Oury Jalloh mit Händen und Füßen an einer feuerfesten Matratze fixiert wurde, verbrannte er am 07.01.2005 in der Zelle N°6 des Dessauer Polizeireviere.

Das grausame Bild des verkohlten Schutzsuchenden Mannes aus Sierra Leone ist mittlerweile um die ganze Welt gegangen.

Fast 13 Jahre danach konnte wegen einer sichtbaren Kollision zwischen den zuständigen Staatsanwälten und der Polizei die Todesursache von Oury Jalloh immer noch nicht von der Justiz aufgeklärt werden.

Oury Jalloh habe nach Angaben der Polizei Selbstmord mit einem Feuerzeug begangen, das erst Tage nach seinem Tod in seiner Zelle gefunden wurde.

Die Vermutung, dass Oury Jalloh von Polizisten ermordet worden sein könnte, wollte die Justiz nicht verfolgen.

Erst die Ergebnisse der unterschiedlichen Untersuchungen, die von der Initiative Oury Jalloh in Auftrag gegeben wurden, führten zum Beginn von ernsthaften Untersuchungen seitens der Dessauer Staatsanwaltschaft.

Ohne das Engagement der „Initiative in Gedenken an Oury Jalloh“, der African/Black Community, ihre Unterstützer und die Recherchen der Medien hätte die Justiz längst das Verfahren eingestellt.

Der Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland ist, wie die meisten Mitglieder der African/Black Community, davon überzeugt, dass Oury Jalloh aus rassistischen Gründen von deutschen Polizisten ermordet wurde.

Nach den neuen Erkenntnissen, die vor kurzem gewonnen wurden ( Berichte von Gutachter, Position des Oberstaatsanwaltschaft von Dessau etc, müssen die deutschen Staatsanwälten sofort das Verfahren bzgl. des Falles Oury Jalloh neu aufrollen und in Richtung Mord ermitteln.

Es ist eine Schande, dass heute in der Bundesrepublik Deutschland Bürger gezwungen werden Gelder zu sammeln um einen Todesfall aufzuklären

„Wenn es darum geht, Schutzsuchenden das Recht auf Asyl, auch gegen internationales Recht, zu verweigern und abzuschieben,

handelt die Bundesregierung zügig und verabschiedet schnell neue Gesetze.)

Wenn es darum geht, Schutzsuchende (Asylbewerber) vor rechtem und rassistischem Terror und Mord zu schützen, schweigt die Bundesregierung und bleibt fast machtlos“ (Siehe Rechte Terror gegen Asylsuchende Menschen, Brand von Flüchtlingsheimen etc..), so der Vorsitzende des Zentralrates der afrikanischen Gemeinde in Deutschland.

Wir fordern die Bundesrepublik Deutschland und das Land Sachsen-Anhalt auf, der Initiative Oury Jalloh alle Kosten zurückzuerstatten, die durch die in Auftrag gegebenen Gutachten entstanden sind, die erfolgreich zur Wiederaufnahme der Ermittlungen geführt haben.

Durch die Ketten von Ermittlungsspannen, Freisprüchen, Wiederaufnahmen und Einstellungen des Verfahrens hat sich die deutschen Justizbehörden definitiv für die Aufklärung des Todes von Oury Jalloh disqualifiziert. Das Vertrauen der afrikanischen Gemeinde gegenüber der deutschen Justiz bzgl. des Aufklärung des Todes von Oury Jalloh ist tief zerstört. Deswegen fordert der Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland die Einsetzung einer unabhängigen internationalen Kommission zur Aufklärung des Todes von Oury Jalloh.

Wir fordern weiterhin die lückenlose Aufklärung des Todes von Oury Jalloh.

Hier geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates.

Ein starkes Signal muss in Richtung von Kriminellen in Polizeiuniform gesendet werden. Sie müssen verstehen, dass sie keinen Schutz, weder von den Bürger/innen noch von anderen Staatsorganen, wie Justiz, erhalten werden, wenn sie gegen die Grundsätze des Rechtsstaates verstoßen.

Moctar Kamara

Vorsitzender

Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland e.V.

0152 - 17252968